



Thomas Hitschler

Mitglied des Deutschen Bundestages

Lars Klingbeil

Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, 27. Februar 2017

Für realistische Ausgabenziele in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Europa blickt auf die friedlichsten Jahrzehnte seiner Geschichte zurück. Insbesondere nach Ende des Kalten Krieges haben die europäischen Staaten die Friedensdividende ein- und die Verteidigungsetats heruntergefahren. Im Resultat sind nun jedoch Fähigkeitslücken und Mangelverwaltung entstanden. Neue Bedrohungslagen an unseren Bündnisgrenzen und weltweite Krisenherde stellen uns vor Herausforderungen und erfordern ein Umdenken. Klar ist: Sicherheit kostet Geld. Deutschland hat darauf bereits reagiert und den Verteidigungshaushalt erhöht. Um gute Arbeitsbedingungen und die bestmögliche Ausrüstung unserer Soldatinnen und Soldaten zu gewährleisten, sind hier weitere Erhöhungen dringend nötig. Die Gewährleistung von sozialer, innerer und äußerer Sicherheit sind für uns unabdingbare Faktoren eines funktionierenden Staates, die nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Der Anspruch auf eine faire Lastenverteilung in einem Bündnis ist absolut nachzuvollziehen. Es stellt sich jedoch die Frage, ob ein starres Prozentziel der richtige Ansatz ist und den sicherheitspolitischen Bedürfnissen entspricht.

Das Zwei-Prozent-Ziel der NATO

Die Mitgliedsländer der NATO sollen 2% des Bruttoinlandproduktes (BIP) für Verteidigung ausgeben. Diese Absicht wurde 2002 beschlossen und auf späteren Gipfeln wiederholt. 2014 wurde ein Zeitraum von 10 Jahren angepeilt, um dieses Ziel zu erreichen. Laut Erhebungen der NATO gibt Deutschland zurzeit etwas über 40 Mrd. € und damit 1,2% des BIP für Militärausgaben aus. Neben dem Verteidigungshaushalt sind dabei auch der Etat des Wehrbeauftragten und die Kosten für UN-Missionen berücksichtigt. Um das 2%-Ziel zu erreichen, müsste Deutschland seine Ausgaben auf deutlich über 60 Mrd. € steigern.

Gleichgewicht und Machtbalance wahren

Mit dem Erreichen des Zwei-Prozent-Ziels würde Deutschland zur größten Militärmacht des Kontinents werden. Zwar befürworten viele europäische Staaten ein stärkeres Engagement Deutschlands. Die aufkeimenden und teils bewusst geschürten Ressentiments während der europäischen Finanzkrise lassen aber daran zweifeln, ob eine solche Dominanz gerade in diesem Politikfeld der europäischen Sicherheit wirklich zuträglich wäre.



Dieses Risiko gilt es zu minimieren, indem ein Anstieg der europäischen Militärausgaben harmonisiert verläuft. Statt stur die nationalen Wehretats zu erhöhen, sollte neues Geld in Strukturen und die sicherheitspolitische Zusammenarbeit Europas fließen. Es gilt, gemeinsame Führungsstrukturen aufzubauen und gemeinsame Ziele und Interessen zu formulieren.

Europäischen Kontext beachten

In den vergangenen fünf Jahren hat sich der Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP nur in wenigen Ländern signifikant geändert. Eine deutliche Steigerung ist nur in Estland, Litauen und Polen zu verzeichnen, bei denen zudem die unmittelbare Nähe zu Russland eine Rolle spielt. In absoluten Zahlen macht dies bei den baltischen Staaten etwas über 150 Mio. € aus, in Polen 850 Mio. €. Würde Deutschland dem Zwei-Prozent-Ziel nachkommen, müssten die Militärausgaben allerdings um 20 Mrd. € jährlich steigen. Das sind ganz andere Größenverhältnisse. Alle anderen NATO-Staaten haben ihr Niveau gehalten oder gar abgebaut. Die Verteidigungsausgaben der meisten europäischen Länder liegen konstant zwischen 1,2% und 1,5% des BIP.

Effizienzsteigerung vor Ausgabensteigerung

Im vergangenen Jahr erfüllten fünf NATO-Staaten das Zwei-Prozent-Ziel: Die USA, Großbritannien, Estland, Polen und Griechenland. Das Beispiel Griechenlands unterstreicht, dass der Bezug zum BIP nicht nur willkürlich gewählt, sondern auch nur bedingt sinnvoll ist. Griechenland erfüllt sein Zwei-Prozent-Ziel nicht zuletzt durch seine wirtschaftliche Schwäche in der Euro-Krise. In vielen europäischen Ländern dienen Wehrausgaben zudem unterschiedlichen Zwecken. Sachfremde Personalkosten, staatliche Konjunkturprogramme für Rüstungsunternehmen und teure Parallelstrukturen in der europäischen Rüstungsindustrie erhöhen aber kaum die Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses. Im Gegenteil leidet mitunter gar die Effizienz der Verteidigungsapparate. Wir brauchen zwar mehr Investitionen in die Verteidigungspolitik, vor allem aber muss die Beantwortung der Frage, wie das Geld investiert und genutzt wird, im Fokus stehen. Beim Thema Rüstung müssen die Zusammenarbeit in der Europäischen Rüstungsagentur EDA und gemeinsame Projekte im Rahmen der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ forciert werden, damit zusätzliche Mittel effizient genutzt werden können.

Debatte öffentlich führen

Das Verständnis in der Bevölkerung für eine Erhöhung des Wehretats bleibt gering, wenn eine öffentliche Debatte über Sinn, Zweck und strategische Ausrichtung unserer Verteidigungspolitik ausbleibt und keine öffentliche Legitimation geschaffen wird. Um Mehrausgaben für diesen Bereich auch vermitteln zu können, muss die sicherheitspolitische Strategie auf nationaler und europäischer Ebene klar festgelegt sein und dazu grundlegend öffentlich debattiert werden. Aus dieser Strategie sollten dann die dafür notwendigen Fähigkeiten abgeleitet werden und daraus die nötigen Investitionen. Die amtierende Bundeskanzlerin hat sich einer solchen Grundsatzdebatte im Bundestag verweigert. Vom zukünftigen Bundeskanzler erwarten wir in der nächsten Legislaturperiode mehr Mut für einen offenen Umgang mit diesem Thema.



Mehrausgaben sinnvoll investieren

Mangelnde Finanzmittel waren in den letzten Jahren nicht die Hauptursache der Rüstungsprobleme der Bundeswehr. Oft wurden die vorhandenen Mittel nicht einmal vollständig abgerufen. Aber Rüstungsgüter gibt es nicht von der Stange. Entwicklungsprozesse brauchen ihre Zeit. Ebenso wie es Zeit braucht, neues Personal zu rekrutieren und auszubilden oder die Infrastruktur zu modernisieren. Den Wehretat kurzfristig massiv aufzupumpen, wäre daher wenig zielführend. Vielmehr müssen parallel zu einem moderaten Aufwachsen des Etats die notwendigen Strukturen geschaffen werden, um sinnvolle Investitionen überhaupt erst zu ermöglichen.

Umfassenden Begriff von Sicherheit und Frieden verankern

Sicherheitspolitik umfasst mehr als nur militärische Mittel und Aufrüstung. Für den Frieden in Europa und der Welt sind Mittel der Diplomatie, der Entwicklungshilfe und der Krisenprävention oft zielführender. Der Vorschlag von Wolfgang Ischinger, statt des bisherigen Zwei-Prozent-Ziels der NATO ein Drei-Prozent-Ziel für Frieden und Ordnung anzupeilen, führt daher in die richtige Richtung. Ein weiter Mittelanstieg wäre zwar damit für Deutschland auch weiterhin geboten, ein solch umfassender Ansatz könnte aber Fehlentwicklungen und Sparen am falschen Ende vermeiden.